

Sachsen, daß in Sachsen bisher mit Hilfe einer sogenannten „Wehrheit“ von einer Stimme ein ganzes Land von den angesuchten Vertretern der Arbeiterschaft regiert worden ist und daß alle anderen Stände, Industrie, Handel und Landwirtschaft, Beamte, Angestellte, das gesamte Bürgertum und die Arbeiter, soweit sie sozialistischen Kreisen fernstehen, mundtot, rechtslos und einsilbig gemacht worden sind!

2. Wir erwarten von dem neuen Landtag und von einer neuen Regierung, daß sie die schwer leidende Wirtschaft Sachsen fördern und nicht wie bisher durch sozialistische Wirtschaft und Disziplinarismus hemmen. Wir brauchen positive Arbeit für die Steigerung der Produktion, nicht negative Wirtschaftstheorie. Wir fordern im einzelnen

1. die Politik der aufzubauenden Welt durch Wegfall aller die Produktion unnötig hemmenden Verbote, Einschränkungen, Kontrollen. 2. Die unbedingte Sicherheit für die Produktion, Schutz gegen alle Akte des Terrorismus, der Willkür und Freiheitsverzerrung, der rohen Gewalt gegen Unternehmensleute in Unternehmensumrum, Angestellten- und Arbeiterschaft, Schutz der Verhandlungsfreiheit, Sicherung bei den Tarifverhandlungen gegen Terrorisierung durch das Einbringen gewalttätiger Flotten. Schutz gegen alle unberechtigten Eingriffe in die Betriebsführung und die Disziplinarstrafe der verantwortlichen Betriebsleitungen. 3. Beseitigung der politischen Stellenräger; Bevorzugung der wirtschaftlich Fähigen, aber Ausrüstung gegenüber den nur „Gesinnungsfähigen“ in Regierung und Verwaltung. 4. Achtsung vor geistiger Arbeit und beruflicher Vorbildung, vor dem Fleisch, der sich für Facharbeit und verantwortliche Stellungen im Staat Jahr lang ausbildet und vorbereitet. Förderung eines Schulwesens, das bildet und erzieht, aber nicht sozialistisch abrichtet! 5. Höchste Anforderung an Charakter, Vorbereitung; Bildung und Wissen für alle diejenigen, die zur Leitung des Staates und seiner Organe bereit sein sollen. 6. Keine steuerlichen Sonderbelastungen, welche die sächsische Industrie gegenüber den außersächsischen Reichsgebieten im Wettbewerb benachteiligen.

3. Wir fordern, daß der Staat Sachsen seinen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik des Reiches so geltend macht, wie es der hohen industriellen Bedeutung Sachsen entspricht. Mehrere Hunderttausend Angestellte und Arbeiter in Sachsen samt Angehörigen sind mit ihrem Wohl und Wehe untrennbar mit dem Blühen der sächsischen Ausfuhrindustrie verbunden.

Sachsen muß im Reiche insbesondere dafür wirken, daß 1. der Ausfuhrzolltarif aufgehoben wird. Unsere schwer eingende und notleidende, im Gefangenbetrag so verhängnisvoll zurückgegangene Ausfuhr muß mit allen Kräften gefordert, von allen auf ihr lastenden unnötigen Hemmungen befreit werden. 2. Wie müssen im Reiche für den Abschluß günstiger Handelsverträge und für die Beseitigung aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die dem entgegenstehen, eintreten. Zu fordern ist ferner Leistungsförderung bei der Eisenbahn und eine den Verkehr fördernde Tarifpolitik. 3. Für sofortige Aufhebung der Demobilisationsverordnungen; 4 Jahre nach Beendigung des Krieges muß man endlich aufhören können, zu „demobilisieren“. 5. Einrichtung der überflüssigen Aemter und des zu großen Beamtenapparates. Es ist zu warnen vor einer Gesetzgebung, die immer neue Behörden, Amtsstuben, Beamtenstellen, Auskünfte, Verwaltungsämter schafft. Neuerliche Sparfamilie, wie sie der allgemeinen Notlage und den ruinierten Finanzen im Reich, Staat und Gemeinden entspricht. 6. Sparsame Verwaltung der öffentlichen Betriebe nach erprobten, privatwirtschaftlichen Grundsätzen und entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.

4. Während der Herrschaft der sozialistischen Regierung hat Sachsen schwer darunter gelitten, daß Regierungs- und Landtagsmehrheit nicht für einen Ausgleich der Klassengegensätze, sondern auf Klassenkampf und Trennung der zum Zusammenwirken bestimmten Kräfte bedacht war. Die Not der Zeit fordert Schaffsalz. und Arbeitssgemeinschaft aller Stände des Volkes in Sachsen wie im Reiche. Dafür gilt es bei der Landtagswahl zu kämpfen.

Von Stadt und Land.

Das, 2. November 1922.

Eröffnun am 5. November Ihre Wahlpflicht! Der 5. November entscheidet auf vier Jahre über Sachsen's Schicksal. Jeder Wahlberechtigte muß an diesem Tage zur Wahlurne schreiten. Es ist zu erwarten, daß alle Wahlberechtigten, die am nächsten Sonntag einen auswärtigen Besuch, einen Ausflug oder sonstige Vergnügungen vorhaben, sich mit ihren Reise so einrichten, daß sie vorher gewählt haben. Die Wahllokale sind von 9 Uhr an geöffnet. Wer aber unbedingt verreisen muß und am Wahltag nicht am Orte steht, unterlässe auf keinen Fall, sich einen Wahlkasten ausstellen zu lassen. Ausständig darf sich die Gemeindebehörde, die bis zum Tage vor der Wahl zur Ausstellung eines Wahlkastens verpflichtet ist.

Politisches Nachrichtenwesen. Am 1. Oktober ist eine Landeszentrale für politisches Nachrichtenwesen eingerichtet worden, das dem Ministerium des Innern unmittelbar untersteht. Leiter ist Oberregierungskommissar Miersch. Außerdem sind Bezirksstellen im Lande eingerichtet worden.

Berichtsblätter in Sachsen. Der überaus starke Herbstverkehr wurde in der zweiten Hälfte des Octobers in den höheren Lagen durch Frost und Nebel beeinträchtigt. Der Kartoffel- und Zuckerrübenverkehr ist in vollem Gange. Es wäre möglich, die Wagenanforderungen für den Verlauf dieser Güter und für Brennstoffe mit geringen Ausnahmen zu befriedigen. Auch die sonstigen Vorzugsgüter (Betriebe, Mehl und andere Nahrungsmittel) konnten im großen und ganzen vorliebgebracht werden. Bei dem hohen Wagenbedarf für diese Güter konnten die Anforderungen an Wagen für andere Güter nicht voll befriedigt werden. Da die Abgabe bedeckter Wagen nach den Kartoffelverlauffeldern noch weiter gesteigert werden muß, um die Früchte vor dem Eintritt stärkerer Frost herauzaubringen, wird es auch in der nächsten Zeit die Wagenbeschaffung kaum bessern. Der Eingang an Kartoffeln sowohl in Wagenladungen wie als Stückware war so stark, daß einzelne Ladegassen und Güterbahnen überfüllt waren.

Einstellung der staatlichen Kraftwagenlinien. Die außerordentlich starke Entwicklung der Wart in den letzten Wochen hat zur Folge gehabt, daß die Kosten für den Betrieb der staatlichen Kraftwagenlinien sprunghaft angestiegen haben. Während sie im September 75 Mark und im Oktober 100 Mark betragen haben, muß für den November mit einem Satz von über 200 Mark für einen Kilometer gerechnet werden. Da die leichten Tarifverbündungen außerdem eine starke Abmilderung gezeigt haben, so sind die Aufschüsse des Staates für den Betrieb der Kraftwagenlinien in noch höherem Maße gewachsen, als die Ausgaben zugestanden haben. Die Aufschüsse, die im Sommer noch eine verhältnismäßig geringe Summe betragen haben, sind im September auf etwa 4 Millionen Mark, im Oktober auf etwa 9 Millionen Mark gestiegen und werden im November die außerordentliche Höhe von 15 Millionen Mark erreichen. Da es nicht angezeigt ist, daß der Staat darüber hört,

Aufschüsse, die nur einem verhältnismäßig geringen Teil der Bevölkerung zugute kommen würden, auf Kosten der Gesamtheit der Bevölkerung zur Verfügung steht, hat sich das Finanzministerium lieber genötigt gesehen, den Betrieb der staatlichen Kraftwagenlinien im allgemeinen einzustellen. Es wird nur möglich sein, einige wenige Linien weiter im Betrieb zu behalten, die sich vorsorgsweise selber tragen. Da die Einstellung der Kraftwagenlinien nur infolge der außerordentlich starken Ver schlechterung des Wartwertes nötig geworden ist, so wird auch damit gerechnet werden können, daß ein großer Teil der Linien wieder in Betrieb genommen wird, sobald sich die heutigen unglücklichen wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich geändert haben. Aus diesem Grunde werden auch das große Wagenmaterial und die sonstigen Einrichtungen des Kraftwagenbetriebes beibehalten werden und es wird gleichzeitig versucht werden, einen Teil der Kraftwagenführer in der Zwischenzeit mit anderen Arbeiten ausbringend zu verwenden. Der Tag der Einstellung der einzelnen Linien wird noch bekannt gegeben. Die der Postbeförderung dienenden Linien Königstein-Schweizermühle, Freiberg-Urbach, Hirschfelde-Weigsdorf, Mittweida-Burgstädt-Limbach, Bautzen-Wilsdruff, Aue-Schörlau und Plauen-Kodewitz-Göbenstock werden mit den letzten Fahrten am 12. November, alle übrigen Linien bereits am 6. November 1922 stillgelegt.

Borbeugende Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Die Kreishauptmannschaft Bautzen läßt durch die Gewerbezammer folgendes Rundschreiben bekannt geben: „Der ungünstige Geschäftsgang in der Textilindustrie, namentlich in der Gegend von Werda, Grimma, Auerbach, Plauen und Bautzen, läßt Betriebsbeschlüsse und Arbeitsentlassungen befürchten. Um bei solchen durch die Umstände notwendig gewordenen Entlassungen Härten nach Möglichkeit zu vermeiden, werden die Empfänger dieser Verfügung angehalten, auf die Arbeitgeber in dem Sinne verständigend einzutwirken, daß zunächst verhältnislose Frauen, deren Ehemänner ausreichenden Verdienst haben, und den weiblichen Arbeitern, die in zwei Wochen ihre Niederkunft zu erwarten haben, gekündigt wird. Die zuletzt genannten schwangeren Arbeitnehmer dürfen nach § 187, Absatz 6 der Gewerbeordnung nicht mehr beschäftigt werden, außerdem bezahlen sie nach der sozialen Gesetzgebung Hochengeld. Gleichermaßen würde üblicherweise gelten, wenn etwa sich in anderen Industriezweigen Arbeitserlassungen nötig machen sollten. Gehen die Arbeitgeber in der angebundenen Weise vor, so werden nicht nur allzugroße Härten für die Arbeiterschaft vermieden, sondern es wird auch die Zahlung von Erwerbslosenhilfeunterstützung aus öffentlichen Mitteln erspart.“

Ratschlag der Sozialrentner. Die Sächsische Zentralorganisation hat an die Reichsregierung und den Reichstag folgenden Antrag gestellt: „Die Reichsregierung und der Reichstag wollen beschließen, schleunigst Mittel zu bewilligen, um die Sozialrentner vor dem Hungerktope zu bewahren, jeder Tag, welcher antritt, bringt neue Opfer von Hunger und Morte der Invaliden, was keinesfalls im Sinne der Reichsregierung liegen kann. Wir können nicht glauben, daß der Reichsregierung dieses Massenelend gleichgültig sein kann, deshalb eruchen wir um schleunigste Hilfe, wenn sich die Reichsregierung nicht eines Massenelendmordes der Sozialrentner schuldig machen will. Gleichzeitig verlangen wir eine Vertretung als Beirat im Sozialausschuss.“

Berichte mit Milch. Nach der Verordnung über den Verkehr mit Milch vom 30. April 1921 (RGBl. S. 498) ist es u. a. verboten, Vollmilch und Sahne in Kontrollen, Bäckereien, Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, sowie in Erfrischungsräumen zu verabfolgen. Im Außerdiensthandels stellen machen sich die Inhaber derartiger Betriebe strafbar; ebenso machen sich Händler, die solche Betriebe beliefern, strafbar.

Diebstähle. In der Nacht zum 28. Oktober sind Diebe in den Läden der Geschäftsinhaber Heinz in der Carolstraße eingedrungen und haben weißen Damast, blaue Herrenstoffe, weißen Stoff, Schürzenstoff, Hemdentuch und Taschentücher im Werte von über 80 000 Mark gestohlen. — Bei einer Firma stand der 19-jährige Marktseiler G. 2 kisten Magazin von je 30 Pfund im Werte von 80 000 Mark und verkaufte sie an einen Unbekannten für 18 000 Mark, bezahlte davon Schulden und verjubelte den Rest. Der Bursche kam zur Haft. — Aus der verschloßenen Haussäule des Kolonialwarenhändlers Neumann wurden nachts eine Kiste Seife im Werte von 5500 Mark und eine Kiste Seife im Werte von 9800 Mark gestohlen.

Landtagswahlbewegung.

Wählerversammlung der deutschen Volkspartei. Die von Wählern aller Parteien zahlreich besuchte Versammlung, die am 30. Oktober im Bürgergarten stattfand, wurde vor Fabrikdirektor Feilker geleitet. Der Vortragende, Professor Dr. Herrmann, Werda, sprach in ca. 1½ Stunden Rede über „2 Jahre sächsische Politik und Landtagswahl“. Er schilderte zunächst die Regierungsbildung bei dem Zusammentreffen des alten Landtages, aus der hervorging, daß die Linksparteien von Anfang an bestrebt waren, eine einseitige Klassenregierung zu führen und die andere Hälfte des Volkes an die Wand zu drücken. Dadurch habe dieser Landtag schon von Anfang an den Todestag angeholt. Um die Kommunisten bei guter Laune zu erhalten, habe man diesen gegenüber eine große Schwäche bewiesen. Dadurch habe man langsam aber sicher die Staatsautorität untergraben. Die Beamtenstellen wurden vielfach nach der Partei zugeordnet zu der Sozialdemokratie bestellt und eine Gesinnungspflichtsetzung ist ebenfalls eingezogen. Dies sei mit einer gesunden Beamtenpolitik nicht vereinbar. Eine große Religionseinsicht habe die Regierung durch die Schulgesetz und die Religionsschule bewiesen, die den in Frage kommenden Reichsgesetzen direkt widersetzten. — Der Redner erörterte weiter den Ausbau der Schule, die Frage der Lehrerbildung usw. Für die notleidenden Rentner hatte er warme Worte und forderte eine großzügige Unterstützung dieses schwer ringenden Volkes. Wo sei die Regierung in der Bekämpfung des Buchers, der Teuerung geblieben? Hierauf wandte er sich den wirtschaftlichen Fragen zu und betonte, daß das Grundideal unserer wirtschaftlichen Idee der Verfaßter Friedensvertrag sei. Das deutsche Volk habe seinen Militärkostensatz abgeschlagen, um den freien Willkürkosten bezahlen zu müssen. Auch den Kurswälderten sei jetzt klar, daß ein Staat ohne Macht nicht bestehen könne. Reicher Weißfahrt folgte dem Vortrag. In der Diskussion sprachen zwei Wehrheitssozialisten, Stadtverordneter Lorenz und Stadtrat Siegler, und fünf Kommunisten. Gegen 1 Uhr nachts wurde die Versammlung durch ein Schlußwort von Prof. Herrmann, der die hauptsächlichsten Angriffe der Gegner widerlegte, beendet.

Gewerkschaftsbewegung.

Konferenz im Christlichen Metallarbeiterverband. Am vergangenen Sonntag fand in Lauter eine Konferenz der Vorstandmitglieder und Vertreterleute der in der Lauter Verwaltungsstelle des Christlichen Metallarbeiterverbandes zusammengeschlossenen Ortsgemeinden statt. Die Konferenz nahm zunächst den vom Bevollmächtigten erstateten Bericht vom 8. Vierteljahr entgegen, dem sich eine lebhafte vom Geiste der Einigkeitheit getragene Ausprache anschloß. Von allen Rednern wurde

besonders der gute Wettbewerb begrüßt und gelebt, auch weiterhin in diesem Weise zu arbeiten. Zum 2. Punkt wurde über Johntragen gesprochen. Auch hier zeigte sich nolle Einigkeit zwischen Verbandsleitung und Mitgliedern. Mit 6. Punkt wurde das Beitragsproblem behandelt. Einstimig wurden die von einer engeren Kommission vorgeschlagenen erhöhten Beiträge beschlossen und damit gezeigt, daß alter bewährter Geist der Opferwilligkeit die Basis der christlichen Metallarbeiter bildet. Nachdem man noch die Lage in den einzelnen Orten und Betrieben besprochen hatte, schloß der Vorsitzende die Konferenz mit einem Appell an die Delegierten, nur auch fernher in diesem Geiste der Einigkeitheit zur Stärkung des Verbandes beizutragen. Dann braucht uns um die Zukunft nicht bang zu sein.

Konzerte.

Die Kammermusikabende des Galateos in der Volkshochschule Lauter. Die im Vorjahr immer wachsenden Zuspruch fanden, beginnen am Dienstag, den 7. November in der Oberrealschule mit einem deutslichen Abend, an dem das Trio B-dur von Schubert, eine Sonate für Klavier und Cello von Beethoven und das Trio d-moll von Mendelssohn gespielt werden. Da die Künstler abends wieder nach Chemnitz zurückfahren wollen, muß der Beginn auf Punkt 7 Uhr gelegt werden.

Hochzeitsgeschenkabend. Wegen Beihilfe zum Verbrechen wider das feindliche Leben wurden der Arzt Dr. U. und der Apotheker H. festlich eingeladen. In der gleichen Angelegenheit ist bereits eine 21jährige Handarbeiterin verhaftet worden.

Ballensteiner Burghilfest. Unter der Stadt hat in den letzten Tagen ein in Amerika ansässiger Ballensteiner Zeitungsverleger den ansehnlichen Betrag von 400 000 Mark an Stadtverordnetenvorsteher Rothe in hochherziger Weise eingezahlt.

Kanaberg. **Junge Diebe.** Durch die Kriminalpolizei wurden mehrere jugendliche Diebe ermittelt, die ihren Lehrer nach und nach Waren im Gesamtwerte von mehr als 100 000 Mark gestohlen und weiterverkauft hatten. Auch die Abnehmer des gestohlenen Gutes durften wegen Verdachts der Diebstahl die Gerichte beschäftigen.

Chemnitz. **Große Unterschlagungen.** Der Strumpf- und Tuchwarenhändler Walter Reinhold ist nach Unterschlagung von 885 000 Mark fälschlich geworden. Reinhold hat diesen Betrag von vier Chemnitzer Firmen als Zahlung für vertragliche Strumpfwarenlieferung erhalten. Er hat auch für 425 000 Mark Waren mitgenommen, die er wahrscheinlich noch veräußern wird. Reinhold soll sich nach Erfurt gewandt haben.

Letzte Drahtnachrichten.

Erkrankung Rathenaus.

Berlin, 2. November. In der gestrigen Sitzung der Wilmersdorfer Bezirksversammlung wurde der Antrag auf Umbenennung der Königsallee in Rathenausallee sowie auf Errichtung eines Rathenaugedenksteins an der Mordstelle erledigt. Bezirksverordneter Bohn (D. W.) teilte mit, die Familie Rathenaus sei nach einer Untersuchung, die er selbst mit den nächsten Angehörigen des Getöteten gehabt habe, sowohl gegen die Umbenennung der Königsallee als auch gegen die Errichtung eines Gedächtnissteins. Die Familie plante als Erinnerung für den Heimgegangenen die Villa Rathenaus mit allen Möbeln, Büchern und Kunstsäcken dem Reiche als dauernde Stiftung zu übertragen. Der von den Sozialdemokraten und Demokraten aufrechterhaltene Antrag wurde darauf abgelehnt.

Marktabilität nur durch Auslandsanleihe möglich. **Berlin, 2. November.** Bei den gestrigen Sitzungen mit der Reparationskommission lag den Ausführungen des Reichsfinanzministers Hermes über den deutschen Standpunkt zur Frage der Marktabilität folgender Gedankengang zugrunde: Eine Aktion zur Stärkung der deutschen Währung kann nur auf der Basis eines Goldfonds durchgeführt werden. Da eine Anspruchnahme des Goldhauses der Reichsbank nicht in Frage kommt, so bleibt nur übrig, zu diesem desponderen Zweck, also nicht für allgemeine Reparationszwecke eine Goldanleihe im Ausland aufzunehmen. Barthou stellte verschiedene Fragen an Hermes und behielt sich vor, zu einigen Punkten noch besonders zu untersuchen. In Artikel der Reparationskommission verlautet, daß ihr Aufenthalt in Berlin mindestens wohl bis Ende nächster Woche dauern werde. Wenn man in unterschiedenen Kreisen annimmt, werde die Reparationskommission irgendwelche Entscheidungen in Berlin selbst nicht treffen. Die Diskussion über eine internationale Reparationsanleihe und ein Moratorium werde vielmehr der großen Brüsseler Konferenz überlassen werden.

Eine Erklärung Lubendorffs.

Berlin, 2. November. General Lubendorff batte um Veröffentlichung folgender Erklärung: Von Kräften, die im Verborgenen und in verschiedenen Gewändern gegen das Wohl unseres Vaterlandes arbeiten, wird die Behauptung verbreitet, daß politische Mordanschläge in der Wegrichtung liegen, von der es sich eine Wiederaufrichtung desselben erhofft. Solche Behauptungen gehören zu jener Urtage, durch die wegen ihres ergiebigen und unerträglichen Wissens viele nahelebende Verbündete, z. B. der Verein nationalstaatlicher Soldaten, des Jungdeutschen Ordens dem Gesetz zum Schutz des Reichs zum Opfer gefallen sind. Man sollte endlich wissen, daß es einen Mordanschlag oder Gewaltschlag gegen Männer auf verantwortlichen politischen Posten, auch wenn hier ihr Wissen den Belangen des Vaterlandes zuwidert, erlaubt ist, als eine Bekämpfung gegen die Wiederaufrichtung desselben betrachtet. Diese Männer sind Träger eines Systems, zu dessen Bekämpfung, auch wenn es selbst seine Wucht gewaltig mißbraucht, andere Mittel dienen. Hierbei steht für mich an erster Stelle die Einigkeit der nie genug reichenden verständnisvollen Freunde und der geschlossenen gemeinsamen, fruchtbaren Wollen und Handeln in den Kreisen der Einigkeit ihres Pflicht: Erlangung des entscheidenden Einflusses auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und ethischem Gebiet, das jeder Selbstsucht der Parteien, von Verbündeten und den Einzelnen. Nur so allein kann es gelingen, die Mächtigkeiten zu überwinden, die nach